Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

30 (5.2.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. I. 3400.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 30 — **Dienstag, den 5. Februar 1935** — **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die fünf Punkte der englisch-französischen Einigung umfassen: Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, Beitritt zum Ost- und Donaupakt, Abkommen über die Rüstungsbegrenzung und regionales Luftabkommen in Westeuropa.

*

Die Londoner Einigung ist kein Abkommen und kein Vertrag, sondern vor allem eine Einladung an Deutschland zu den obigen fünf Punkten, wofür dann Gleichberechtigung und Streichung des Teiles 5 des Versailler Diktats über die Rüstungsbeschränkung in Aussicht steht.

*

Die Beurteilung der englisch-französischen Vorschläge ist im allgemeinen günstig, namentlich in Paris und London. Deutscherseits sind allerdings verschiedene ernste Fragen und Rückfragen zu stellen, aber es besteht die grundsätzliche Bereitschaft zu einer friedlichen Verständigung und Zusammenarbeit. Es dürfte demnach noch langandauernde, schwierige Verhandlungen geben.

*

Der französische und englische Botschafter haben den Führer über die Londoner Verhandlungen unterrichtet.

*

Vier Erlasse des Führers und Reichskanzlers zum Reichsstatthaltergesetz regeln beamtenrechtliche Fragen und die Ausübung des Gnadenrechts.

*

Im Gebirge gab es durch das Regenwetter schwere Lawinenstürze und Verkehrsstörungen, wobei sich zahlreiche Unfälle ereigneten. In Garmisch konnten die Deutschen Wintersportmeisterschaften nicht zu Ende geführt werden.

*

Die rasche Schneeschmelze und der andauernde Regen hat in Württemberg und Baden Ueberschwemmungen hervorgerufen. Bei der Bergung von Hab und Gut ist in der Kinzig ein Kahn umgekippt und drei Personen ertrunken.

Der englische und der französische Botschafter beim Führer

Berlin, 4. Febr. Der englische Botschafter, Sir Eric Phipps, erichten am Sonntag mittag beim Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und übermittelte ihm den vorläufigen Text des englisch-französischen Communiqués. Der Reichsaußenminister meldete dann den englischen Botschafter auf den Abend beim Führer an. Auch der französische Botschafter äußerte den Wunsch nach einer Unterredung mit dem Führer. Freiherr von Neurath begab sich darauf am Sonntag abend mit dem englischen und dem französischen Botschafter zum Führer. Am Abend übergab dann der englische Botschafter dem Reichsaußenminister das endgültige Londoner Communiqué.

Ab 1. März 1935 Reichsbahndirektion Saarbrücken

Berlin, 4. Febr. Zum Präsidenten der am 1. März 1935 in Zusammenhang mit der Rückgliederung des Saargebiets zu errichtenden Reichsbahndirektion Saarbrücken ist Präsident Dr. Sarter der Reichsbahndirektion Trier bestimmt worden. Das Gebiet der Reichsbahndirektion Saarbrücken umfaßt alle im Saarland gelegenen Eisenbahnen des Reiches, sowie den Bezirk der Reichsbahndirektion Trier. Der Sitz der Reichsbahndirektion ist ab 1. März 1935 Saarbrücken. Zum gleichen Zeitpunkt wird die Reichsbahndirektion Trier aufgehoben. Die zunächst noch in Trier verbleibenden Stellen führen bis zu ihrer Uebersiedlung nach Saarbrücken die Bezeichnung Reichsbahndirektion Saarbrücken, Abwicklungsstelle Trier.

Umsatzsteuer soll über 2000 Millionen erbringen

Berlin, 4. Febr. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhard, macht in der von ihm herausgegebenen „Deutschen Steuerzeitung" darauf aufmerksam, daß die Umsatzsteuer als Haupteinnahmequelle des Reiches das Rückgrat des Reichshaushalts darstelle. Im Rechnungsjahr 1933 werde das Aufkommen an Umsatzsteuer wahrscheinlich 2000 Millionen RM. übersteigen. Da im Jahre 1932 z. B. nur rund 1,35 Milliarden an Umsatzsteuer eingenommen wurden, liege eine sehr beträchtliche Erhöhung vor, in der sich die Vermehrung der Umsätze als Ausfluß der verschiedenen Maßnahmen der Arbeitsschlacht bekunde. Der Staatssekretär sagt noch, daß das Gesamtaufkommen des Reiches an Steuer, Zöllen und anderen Abgaben im Rechnungsjahr 1934 um etwas über 1000 Millionen RM. größer sein werden als im Rechnungsjahr 1933 und daß allein 400 Millionen der Mehreinnahme auf die Umsatzsteuer entfallen. Eine Beseitigung der Umsatzsteuer zu erwägen, würde bedeuten, auf das Rückgrat der Reichsfinanzen und auf eine wichtige Voraussetzung zur Durchführung der Maßnahmen im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit zu verzichten.

Vier Erlasse des Führers

Berlin, 4 Febr. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht **vier Erlasse des Führers und Reichskanzlers zum Reichsstatthaltergesetz** vom 30. Januar 1935 und zum Gesetz über das Staatsoberhaupt vom 1. August 1934, in denen **die Ernennung und Entlassung der Reichs- und Landesbeamten, die Ausübung des Gnadenrechts und die Ausübung der Befugnisse des Reichsstatthalters in Preußen** geregelt werden.

I. Ueber Beamtenernennung und -entlassung

Der Erlaß über die **Ernennung und Entlassung der Landesbeamten** bestimmt:

1. Ich behalte mir vor die Ernennung und Entlassung von Planstellen derjenigen Länderbesoldungsgruppen, die den Reichsbesoldungsgruppen A2c und aufwärts entsprechen. Die Vorschläge werden vorgelegt für Preußen vom Ministerpräsidenten, für die übrigen Länder im Bereich der allgemeinen und inneren Landesverwaltung vom Reichsminister des Innern, sonst von den zuständigen Reichsministern.

Bei Abweichung von den Reichsgrundsätzen über Einstellung, Anstellung und Beförderung ist vor der Vorlage an mich die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen einzuholen. Diese Zustimmung ist nicht erforderlich zur Ernennung a) der Oberpräsidenten und ihrer allgemeinen Vertreter, b) der Regierungspräsidenten, Kreishauptleute, Landeskommissäre und ihrer allgemeinen Vertreter, c) der Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren der staatlichen Polizeiverwaltungen, d) der Landräte, Bezirksoberamtmänner, Amtshauptleute, Kreisdirektoren (Vorstände der Behörden der unteren Staatsverwaltung).

2. Ich übertrage die Ausübung des mir zustehenden Rechtes zur Ernennung und Entlassung der sonstigen Landesbeamten

für Preußen auf den Ministerpräsidenten, der ermächtigt ist, sie weiter zu übertragen,

für die übrigen Länder im Bereich der allgemeinen und inneren Landesverwaltung dem Reichsminister des Innern, sonst den zuständigen Reichsministern.

Bei Abweichung von den Reichsgrundsätzen über Einstellung, Anstellung und Beförderung ist die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen erforderlich. Die Reichsminister können die Ausübung des Rechtes zur Ernennung und Entlassung dieser Beamten mit Zustimmung des Reichsministers des Innern auf die Reichsstatthalter übertragen, die ihrerseits zur Weiterübertragung ermächtigt sind. Für besondere Fälle behalte ich mir das Recht der persönlichen Entscheidung auch bezüglich dieser Beamten vor.

3. Die Ernennung und Entlassung der mittelbaren Landesbeamten richtet sich nach den geltenden Vorschriften.

4. Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen erlassen die Reichsminister des Innern und der Finanzen.

II.

Der Erlaß über die Ernennung und Entlassung der Reichsbeamten bestimmt auf Grund des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August 1934 unter Aufhebung der Verordnungen über die Ernennung und Entlassung von Reichsbeamten vom 14. Juni 1922, 6. Juli 1928 und 18. August 1934:

1. Ich behalte mir vor die Ernennung und Entlassung der Inhaber von Planstellen der Reichsbesoldungsgruppen A bis C und aufwärts. Bei Abweichung von den Reichsgrundsätzen über Einstellung, Anstellung und Beförderung ist vor der Vorlage an mich die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen einzuholen. Diese Zustimmung ist nicht erforderlich zur Ernennung der Polizeipräsidenten, der Polizeidirektoren der staatlichen Polizeiverwaltungen und der Landräte (Bezirksoberamtmänner) des Saarlandes.

2. Ich übertrage die Ausübung des mir zustehenden Rechtes zur Ernennung und Entlassung der sonstigen Reichsbeamten den Leitern der obersten Reichsbehörden, die ihre Befugnisse mit Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen weiter übertragen können. Bei Abweichung von den Reichsgrundsätzen über Einstellung, Anstellung und Beförderung ist die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen erforderlich. Für besondere Fälle behalte ich mir das Recht der persönlichen Entscheidung auch bezüglich dieser Beamten vor.

3. Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen erlassen die Reichsminister des Innern und der Finanzen.

Der Führer und Reichskanzler:
Adolf Hitler.

Der Reichsminister des Innern:
Dr. Frick.

III. Ausübung des Gnadenrechts

Der Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Ausübung des Gnadenrechts bestimmt auf Grund des § 8 des Reichsstatthaltergesetzes vom 30. Januar 1935 über die Ausübung des Gnadenrechts in Strafsachen und Dienststrafsachen unter Aufhebung der Erlasse vom 3. und 7. Februar, 21. März, 16. April und 24. Oktober 1934:

Ich behalte mir vor:

die Entscheidung über die Ausübung des Begnadigungsrechtes a) bei Todesstrafen, b) bei Strafen wegen Hoch- und Landesverrats, c) bei Strafen gegen Soldaten und Wehrmachtsbeamte, wenn auf Freiheitsstrafen von mehr als sechs Monaten erkannt ist, d) bei anderen Strafen, wenn ich den Vorbehalt allgemein oder im Einzelfall ausspreche.

Die Niederschlagung von Strafverfahren, die zur Zuständigkeit der Gerichte gehören und von Dienststrafverfahren, die bei Dienststrafgerichten anhängig sind.

Im übrigen übertrage ich mit dem Rechte der Weiterübertragung die Befugnis zu Gnadenerweisen und ablehnenden Entschließungen in Gnadensachen:

1. für die zur Zuständigkeit der Gerichte gehörigen Sachen, soweit es sich nicht um die nachstehend genannten Fälle handelt, dem Reichsminister der Justiz;

2. für die zur Zuständigkeit der Militärgerichte gehörigen Sachen einschließlich der Strafen, die gegen Soldaten und Wehrmachtsbeamte vor dem Inkrafttreten der Militärstrafgerichtsordnung von allgemeinen Gerichten verhängt worden sind, dem Reichswehrminister;

3. für Steuerzuwiderhandlungen (einschließl. Zollzuwiderhandlungen), für Zuwiderhandlungen gegen Finanzmonopole und für Zuwiderhandlungen gegen Ein- und Ausfuhrverbote dem Reichsminister der Finanzen;

4. für Strafen, die durch rechtskräftige Verfügung der Polizei- oder anderer Verwaltungsbehörden verhängt sind, den Reichsministern, die die Dienstaufsicht über diese Behörden führen;

5. für Ordnungsstrafen den Reichsministern, zu deren Geschäftsbereich die Stellen gehören, die die Ordnungsstrafen verhängt haben;

6. für von Verwaltungsgerichten verhängte Strafen — abgesehen von Dienststrafen — den Reichsministern, die die Dienstaufsicht über die Verwaltungsgerichte führen;

7. für Dienststrafsachen und für Amts- und Ruhegehaltsverlust, der auf einem Strafurteil beruht, a) für die unmittelbaren Reichsbeamten den zuständigen obersten Reichsbehörden, b) für die unmittelbaren Landesbeamten in Preußen dem Ministerpräsidenten in den übrigen Ländern den Reichsstatthaltern, soweit sich nicht der zuständige Reichsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern für bestimmte Fälle die Entschließung über die Ausübung des Gnadenrechts vorbehält, c) für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände dem Reichsminister des Innern, d) für die übrigen Beamten dem für die Dienstaufsicht zuständigen Reichsminister.

Die Uebertragung nach Nummer 7a gilt nicht für die Aufhebung eines auf Dienstentlassung lautenden Disziplinarurteils.

Aufruf an die Wirtschaft

Gebt der deutschen Jugend Lehrstellen!

Rund 43 000 Jugendliche verlassen im kommenden Frühjahr in Baden die Schulen. Sie alle wollen Vorkämpfer werden für deutsche Wertarbeit! Ihre berufliche Ausbildung ist daher Gebot. **Die meisten dieser Jugendlichen benötigen dazu eine Lehrstelle.** Die bis jetzt bei den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen reichen aber noch nicht überall aus. **An alle Betriebsführer und Handwerksmeister ergeht daher die dringende Bitte, weitere Lehrstellen für alle Berufe bei den Arbeitsämtern zu melden.** Die Meldungen werden von den Arbeitsämtern mündlich, fernmündlich und schriftlich zu jeder Tageszeit entgegengenommen.

Burkhardt,
Präsident des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland

Köhler,
Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister

Näher,
Präsident der Badischen Handwerkskammer

Sikiersky,
Leiter des Sozialamts der HJ., Gebiet 21 (Baden)

Dr. Kentrup,
Präsident der Badischen Industrie- und Handelskammer

Plattner,
Bezirkswalter der Deutschen Arbeitsfront, Bezirk Südwestdeutschland.

für die Zuerkennung eines im Disziplinarurteil nicht ausgesprochenen Teilruhegehalts, für die Erhöhung eines zugebilligten Teilruhegehalts und für die Beseitigung der beamtenrechtlichen Folgen einer strafgerichtlichen Verurteilung.

Der Führer und Reichskanzler:
Adolf Hitler.
Der Reichsminister der Justiz:
Dr. Gürtner.
Der Reichsminister des Innern:
Dr. Frick.
Der Reichswehrminister:
von Blomberg.
Der Reichsminister der Finanzen:
Graf Schwerin von Krosigk.

Beginn der Stillhalte-Besprechungen

Berlin, 4. Febr. Unter dem Vorsitz von Frank C. Tiarks (England) haben in Berlin die **Besprechungen zwischen den Vertretern der ausländischen Stillhaltegläubiger der deutschen Schuldner** begonnen. Die Verhandlungen erstrecken sich auf die **Verlängerung des deutschen Kreditabkommens von 1934.** Am Montag morgen haben die ausländischen Gläubiger die sie interessierenden Fragen unter sich beraten. Die deutsche Abordnung wird von Direktor Schlieper (DD-Bank) geführt; ihr gehören ferner Dr. Jeidels (Berliner Handelsgesellschaft), Dr. Oskar Sempell (Vereinigte Stahlwerke) und das Mitglied des Reichsbankdirektoriums, Direktor Puhl, an. Die ausländischen Bankenvereinigungen werden von folgenden Herren vertreten: Goodhue und H. D. Gibson (Amerika), Frank C. Tiarks und Robert H. Brand (England), Paul Jaberg, G. Renz und Th. Wolfensperger (Schweiz) sowie H. van Nierop, J. W. Beyen und J. M. Mellders (Holland). Ferner sind Vertreter aus Frankreich, Schweden, Italien und der Tschechoslowakei anwesend.

Ministerrat in Preußen

Berlin, 4 Febr. Unter dem Vorsitz des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring fand am Montag ein Ministerrat statt, an dem die Minister Rust, Kerrl, Darré, Gürtner und Dr. Schacht mit ihren Staatssekretären teilnahmen. Der Ministerrat beschäftigte sich vorwiegend mit Fragen, die den preußischen Haushalt und die Landwirtschaft betreffen.

Vor der Aufklärung des Fehse-Mordes?

Eine neue Spur des Breslauer Polizeipräsidiums.

DNB. **Breslau,** 4. Febr. Ein Kapitalverbrechen, das im Jahre 1926 ganz Deutschland in Aufregung versetzte, beschäftigt erneut das Breslauer Polizeipräsidium.

Wie erinnerlich, verschwanden am 5. Juni 1926 zwei Breslauer Kinder namens Fehse; in der folgenden Nacht wurden die Leichen an der Mauer der Technischen Hochschule verstückelt aufgefunden. Sämtliche der Kriminalpolizei zur Verfügung stehenden Mittel wurden seinerzeit aufgeboten und nichts unversucht gelassen; jedoch konnte man dem Täter nicht auf die Spur kommen.

Als im Juli v. J. Polizeipräsident Schmelt die Leitung des Polizeipräsidiums übernahm, ließ er sich noch einmal die Ermittlungsakten vorlegen. Die Prüfung der 120 Aktenbände veranlaßten den Polizeipräsidenten, die Angelegenheit nochmals aufzunehmen. Seit Dezember v. J. sind unermüdliche Nachforschungen im Gange, und am Ende einer aufgegriffenen Spur ist man jetzt auf den ehemaligen Studenten Herbert Höll gestoßen, der sich seit dem Jahre 1924 in Breslau aufhält, aber nicht polizeilich gemeldet ist. Kriminalbeamte drangen überraschend in seine Wohnung ein. Was die Beamten dort fanden, steht in der kriminalwissenschaftlichen und medizinischen Geschichte einzig da. U. a. fand man eine Sammlung von etwa 6700 Postkarten einer bestimmten Art, die mit stenographischen Notizen versehen waren. Außer diesen Karten fand man etwa 1000 lose Blätter, die ebenfalls stenographische Notizen trugen. In der Aufzeichnung taucht der Name des ermordeten Mädchens Erika Fehse wiederholt auf.

Höll wurde verhaftet.

Lest Eure Heimatzeitung das „Durlacher Tageblatt"

Dr. Schacht über Technik u. Wirtschaf

DNB. **Berlin,** 4. Febr. Der Verein zur Förderung des Gewerbefleißes von 1821 hatte zu seinem 114. Stiftungsfest im Hotel „Kaiserhof" eine große Anzahl führender Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und der deutschen Wirtschaft geladen. Reichsverkehrsminister a. D. Dr. Krohne, der Vorsitzende des Vereins, eröffnete die Veranstaltung. Es folgte ein Vortrag von Prof. Dr. Ubbelohde, dem Leiter des chemisch-technischen Instituts der Technischen Hochschule zu Berlin, über „Rohstoffprobleme und wissenschaftliche Forschung".

Reichsbankpräsident Dr. Schacht betonte sodann in der Festansprache, daß der Verein zur Förderung des Gewerbefleißes von 1821 dadurch eine alte Gepflogenheit wieder aufgenommen habe, daß er ihn in seiner Eigenschaft als beauftragten preußischen Minister für Wirtschaft und Arbeit um einige Ausführungen auf dem Jahresfeste gebeten habe. Der Verein habe eine stolze Tradition zu wahren. Das verpflichte ihn, über den Fragen der Gegenwart nicht die Vergangenheit zu vergessen. Dr. Schacht ging dann auf die Entwicklungsstufe in der Geschichte des deutschen Gewerbefleißes eingehend ein. Heute hat die Wiedergeburt Deutschlands, so sagte er, den Verein vor neue, schwere Pflichten gestellt. Die Betreuung des Gebietes „Technik und Wirtschaft", die dem Verein im Rahmen der „Reichsgemeinschaft technisch-wissenschaftlicher Arbeit" künftig obliegen wird, ist eine lohnende aber ganz gewiß keine leichte Aufgabe. Technik und Wirtschaft leben in einer Ehe, die noch nie restlos glücklich war. Das liegt daran, daß die Grenzen der technischen Leistungsfähigkeit viel weiter gezogen sind als die der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Technisch kann man Diamanten aus Kohlenstoffen erzeugen oder Gold aus dem Meereswasser gewinnen, wirtschaftlich kann man es nicht, oder wenigstens noch nicht. Deshalb werden sich Reibungen zwischen der vorwärtsstrebenden, ja, stürmenden Technik mit der an den Rechenstift gebundenen Wirtschaft nicht immer vermeiden lassen. Unter einigermaßen normalen Verhältnissen können sie aber niemals Formen annehmen, die dem Gesamtwohl eines Volkes abträglich oder gar bedrohlich wären. Erst in der Nachkriegszeit sind in der Technik und Wirtschaft Spannungen entstanden, die zu einem gewissen Bruch geführt haben. In der Zeit nach der formalen Beendigung des Krieges erwies es sich nämlich, daß zwischen der Kapitalbildung der durch Krieg und Reparationen zerrütteten und ausgesogenen deutschen Wirtschaft und dem Kapitalbedarf der Technik zum Wiederaufbau ihres abgenutzten und teilweise überalterten Apparates eine tiefe Kluft gähnte. Das war an sich kein Wunder und kann nicht als Versagen der Wirtschaft gewertet werden; denn nach einem verlorenen Krieg muß man sich ganz besonders nach der Decke strecken. Die Wirtschaft hatte damals den Kapitalbedarf der Technik, obwohl er vom technischen Standpunkt aus völlig berechtigt war, in die Grenzen dessen zurückdrängen müssen, was Deutschland aus eigener Kraft zu leisten vermochte. Statt dessen lieh man sich Kapital vom Ausland in einem Ausmaß, das mit den Rückzahlungsmöglichkeiten in keinem Verhältnis stand. Die Folgen waren u. a. jene überrationalisierten Fabrikanlagen, die 1926 technische Wunderwerke darstellten, 1931 aber weit unter ihrer Kapazität beschäftigt waren. Es gibt keinen erschütternderen Gegensatz als den zwischen der stets steigenden Produktionskapazität der modernen Maschine und dem hungernden und frierenden Heer der Arbeitslosen.

Der Nationalsozialismus hat es sich zu seiner ersten Aufgabe gesetzt, diesen unvernünftigen wie unmoralischen Zustand zu beseitigen und damit die unnatürliche Spannung zwischen Technik und Wirtschaft zu lösen. Wie aber, auf welchem Wege, und mit welchen Mitteln löst man diese Spannung? Schacht beantwortete diese Frage zunächst damit, wie man sie nicht löse. Wie sooft im Leben, entbehre selbst die bitterste Tragödie nicht eines satyrischen Lebensspieles. Die Krise habe leider tausende tüchtiger und fähiger Techniker brotlos gemacht. Da sie kein Unterkommen mehr fanden, rückten sie der Wirtschaft selbst mit den Mitteln moderner Technik zuleibe. So seien jene unzähligen Wirtschafts- und Währungsprojekte entstanden, die alle mit Zirkel und Logarithmen-Tafeln zusammenkonstruiert gewesen seien. Alle diese Projekte übersahen aber eins, daß die Wirtschaft kein erdachter Mechanismus, sondern ein lebendiger Organismus sei. Mit Dilettantismus und mit dem Reißbrett kommt man den wirtschaftlichen Dingen nicht bei. Wir brauchten die Einsetzung der Höchstleistung jedes Einzelnen, aber auch die Einordnung der privaten Leistung in das nationalsozialistische Gesamtziel. „Wir wollen die Wirtschaft steuern, aber nicht ausüben." Am Steuer könne aber nur einer stehen: der Staat. Darum sei die neue Organisation der Wirtschaft dem Reichswirtschaftsminister direkt unterstellt. Die Reichswirtschaftskammer und ihr Unterbau sollen das Instrument sein, in der die Organisationen der Wirtschaft einheitlich zusammengefaßt sind. Die freien Verbände der Wirtschaft sollen nicht grundsätzlich beseitigt werden, können aber doch reichlich unter die Hälfte zusammengestrichen werden; sie sollen mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern zu einer Organisation zusammenwachsen. Der Kostenapparat der Verwaltung müsse verringert werden. Nur mit einer solchen einheitlichen Wirtschaftslenkung und einem sparsamen Verwaltungsapparat werde Deutschland in der Lage sein, die Aufgabe der Wirtschaft zu fördern, die darin bestehe, die technische Entwicklung laufend mit Kapital zu untermauern. Der bewährte Sparsinn des deutschen Volkes, die geordnete Finanzgebarung des Dritten Reiches und nicht zuletzt die Stoßkraft der nationalsozialistischen Idee seien dabei unsere Kraftquellen. Wirtschaftspolitik nach historisch überlebten Theorien könne man heute nicht treiben. Der Krieg habe die klassischen liberalen Wirtschaftstheorien entzweigeschlagen. Deutschland könne nicht still sein und warten, bis sich die Welt auf eine vernünftige Lösung des Schuldenproblems geeinigt habe oder die Vereinigten Staaten die Erreichung einer passiven Handelsbilanz erstrebten, oder aber Großbritannien seine Währung stabilisiert habe, oder Frankreich sich zum Freihandel überzugehen entschlossen habe. Deutschland müsse seine eigene Politik treiben, die durch die neuen, aus Krieg und Kriegsfolgen entstandenen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sei. Dr. Schacht betonte in diesem Zusammenhang, daß es ihm, wenn er eine Maßnahme zur Förderung der deutschen Wirtschaft ergreife, die er für notwendig halte, völlig gleichgültig sei, welche Theorie er dabei verletze. Das Ziel sei die Befreiung der deutschen Wirtschaft von dem Fluche des Versailler Diktats, und die Erreichung dieses Zieles werde auch der ganzen Welt zum Segen gereichen. Diesen steilen und dornenvollen Weg gehe Deutschland mit unbeugsamem Willen und unbesiegbarem Optimismus. Das deutsche Volk habe in seinem Führer Adolf Hitler endlich den Garanten einer besseren Zukunft gefunden. Ihm durch alle Fährnisse und Beschwerden getreu zur Seite zu stehen, sei unser Aller Pflicht.

Nach Dankesworten des Präsidenten des Vereins an Dr. Schacht gedachte die Versammlung mit einem dreifachen Sieg heil des Führers und Reichskanzlers.

30 neue Dörfer vor den Toren Berlins

Berlin, 4. Febr. Der Referent in der Reichsschule des Arbeitsdienstes, Oberstfeldmeister Dr. Krüger-Potsdam, macht bei einer ausführlichen Schilderung des Arbeitsdienstes in der nationalsozialistischen Beamtenzeitung u. a. auf die große volkswirtschaftlich produktive Leistung des Arbeitsdienstes aufmerksam. Vor den Toren Berlins z. B., wo die Kultivierung des Rhin- und Havelbruchs in Angriff genommen sei, werde in fünf Jahren Raum sein für 600 Siedlungsstellen zu je 100 Morgen; 30 neue Dörfer würden emporwachsen. Der einmalige Kostenaufwand dieser Arbeit betrage 20 Millionen, der für immer bleibende alljährliche Ertrag aber 5 Millionen RM. Aehnlich liege der Erfolg der Arbeit im Sprottebruch in Niederschlesien.

Teilwahlen zum südslawischen Senat

Belgrad, 4 Febr. Am Sonntag fanden in Südslawien Teilwahlen zum Senat statt, die in Ruhe und Ordnung verlaufen sind. Die Regierungslisten erhielten überall fast sämtliche Stimmen. Gewählt wurden u. a. Innenminister Popowitsch und der Minister für soziale Fürsorge, Maaruschitsch. Ministerpräsident Jeftitsch wurde im Donaubanat mit 97 Prozent der Stimmen gewählt. In politischen Kreisen Belgrads sieht man in diesem Wahlergebnis für Ministerpräsident Jeftitsch einen neuen Beweis des Vertrauens, das die öffentliche Meinung der von der Regierung Jeftitsch eingeschlagenen Politik entgegenbringt.

Änderung im Hause Tiebruck

Roman von Christel Broehl-Delhaes

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

13 (Nachdruck verboten.)

„Und wenn man sich überlegt, daß nur eine Frau zu kommen braucht, in die man sich Hals über Kopf verliebt."

„Ich hoffe doch nicht, Herr Geheimrat?" scherzte Tiebruck.

Westpfahl lachte herzlich. „Ach nein, über die Jahre ist man endgültig hinaus. Aber der Junge, der Junge —"

„Ah, er hat sich verlobt? Daher die plötzliche Tüchtigkeit."

Westpfahl schaukelte respektlos den Wein in seinem Glas, sein Mund schmunzelte wissend und zufrieden.

„Verlobt nicht gerade. Kann mir aber kaum denken, daß das Mädel nein sagen wird. Ist doch ein hübscher Bursche, der Erwin, finden Sie nicht, Tiebruck? Forsch, sportlich, blendend gewachsen und nun noch tüchtig. Er bekommt aber auch die richtige Frau: ebenso forsch, aber ein bissel anders, ernst und klug; die wird ihn schon oben halten."

„Darf man fragen, wer die Erwählte ist?" fragte Tiebruck, eigentlich nicht aus Neugier, nur aus höflichem Interesse an den Mitteilungen des Geheimrates.

„O natürlich. Sie verkehrt schon lange in unserer Familie. Wir kennen sie sozusagen von Kindesbeinen an. Ein goldener Mensch. Ich freue mich auf diese Schwiegertochter. Uebrigens", er schien sich zu entsinnen, „lernten Sie die junge Dame kürzlich bei uns kennen. Sie ist eine Circe, lockte Sie zwar nicht durch ihren Gesang, aber durch ihr Harfenspiel."

Nun wußte Tiebruck jäh, was der Geheimrat meinte. Er erschrak so sehr, daß er blaß wurde, er beherrschte sich indes sehr mühsam.

„Fräulein Parhoff? Sind Sie dessen sicher — ich meine wissen Sie, ob Fräulein Parhoff Ihrem Sohn schon irgendeine Zusage gegeben?" Er kam sich schlecht vor, daß er so fragte. Natürlich konnte Maria keine Zusagen gemacht haben; es mußte lediglich ein Irrtum sein, was Westpfahl erzählte, eine Verwechslung des Namens.

Westpfahl bemerkte noch nichts an Tiebruck. Er antwortete unbekümmert: „Kaum. Schließlich kann Erwin erst um sie anhalten, wenn er wer ist. Er liebt sie jedenfalls mit einer Inbrunst, die einen beunruhigen könnte, wenn sie nicht so schön und so berechtigt wäre, diese Liebe, Tiebruck. Prost!" Er goß die Gläser von neuem voll. „Haben wir unsere Frauen in unserer Jugend auch so geliebt, Tiebruck? Ich meine immer, alles habe ein bürgerliches Maß gehalten. Die jungen Menschen heute —"

Tiebruck setzte mehrere Male zu einer Rede an, immer hatte er den rechten Ausdruck noch nicht gefunden, endlich sagte er:

„Ich bedauere es, Herr Geheimrat, Ihre Hoffnungen mit einem Schlag vernichten zu müssen. Ich habe Sie heute besucht, um Ihnen mitzuteilen, daß ich mich mit Fräulein Parhoff verlobt habe und bald zu heiraten beabsichtige." Kühl und sachlich, im gleichen Tonfall, in dem einer eine Rede hält, brachte er das vor. Angesichts des verstört überraschten Gesichts des Geheimrats fügte er noch hinzu: „Es drängte mich dazu, Ihnen an erster Stelle Mitteilung davon zu machen. Nicht zuletzt, weil ich die begabte Assistentin meiner Klinik zuerst bei Ihnen näher kennenlernte." Er wandte diesen letzten Satz an, als gebe ihm der Umstand, daß Maria in seiner Klinik gearbeitet hatte, mehr Berechtigung zu seinem Schritt.

Der Geheimrat schaute in sein Glas, er hatte die Lippen zwischen die Zähne geklemmt. Seine Stummheit war unbehaglich. Dann nahm er mit hastigem Ruck sein Glas und leerte es in einem Zug. Erst jetzt sah er Tiebruck wieder an, und dieser Blick war gut und herzlich.

„Donnerwetter, das hat mir keinen kleinen Schlag gegeben, mein Bester", sagte er und zwang sich zu einem leichten Ton. „Der arme Junge. Aber Ihnen gratuliere ich, Tiebruck, gratuliere von Herzen. Mit Maria Parhoff zieht einer das große Los."

Tiebruck strahlte. Er nahm die Hand des alten Herrn, die sich ihm herzhaft bot, drückte sie und spürte den Gegendruck. Er schalt sich, über die Niederlage seines verehrten Lehrers keine Trauer zu empfinden.

„Hat Maria Ihnen schon ja gesagt?" fragte Westpfahl vorsichtig.

Tiebruck kam diese Frage lächerlich vor. Als ob er hier stände, wenn er nicht alle Trümpfe in der Hand hätte.

„Aber ja", antwortete er fast übermütig, „schon lange. Wir lieben uns."

Westpfahl horchte plötzlich auf diesen neuen Ton, sah Tiebruck aufmerksamer an, bemerkte die Veränderung seines Gesichts.

„Ich gönne es Ihnen ja von Herzen, ganz von Herzen, lieber Freund. Aber Sie werden begreifen — es ist überhaupt eine Katastrophe, wenn Erwin die Wahrheit erfährt —, Sie kennen ihn nicht; er ist imstande und wirft alle schönen Ansätze wieder über den Haufen. Und dann ist es aus. Aus ist es dann. Er ist unberechenbar, der Junge, wenn ihm etwas quer geht." Westpfahl erhob sich unruhig, als ließe ihn diese quälende Vorstellung nicht mehr in seinem Sessel. Er wanderte ein paarmal auf und ab, blieb dann wie in einem jähen Einfall vor Tiebruck stehen.

„Würden Sie mir einen Gefallen tun, Tiebruck? Es handelt sich nur um ein paar Wochen! Würden Sie Ihre Verlobung mit Maria noch diese kurze Zeit geheimhalten? Sie verstehen, bis Erwin sein Examen hinter sich hat!"

Tiebruck machte eine abwehrende Bewegung. „Bei aller Freundschaft und Treue gegen Sie, es widerstrebt mir—"

Der Geheimrat fiel ein: „Ich begreife, es widerstrebt Ihnen, einen Menschen in falschen Hoffnungen zu wiegen. Aber hier geht es um mehr als um einen frommen Betrug, es geht um die Zukunft meines Jungen."

Er war vor Tiebruck stehengeblieben. Seine ehrfurchtgebietende Gestalt neigte sich ein wenig vor, und seine Augen waren bemüht, in Tiebrucks Augen zu forschen.

„Sie werden nicht wollen, daß ich in Gram um die verfehlte Existenz meines Jungen die Augen schließe, wenn Sie es verhindern können. Er sieht Maria ja nicht einmal. Er denkt nur an sie. Er fiebert danach, sie zu überraschen und gleichzeitig um ihre Hand zu bitten."

Tiebruck preßte die Lippen zusammen. Er war eifersüchtig. Auf die ferne Liebe des jungen Westpfahl, die Maria in Gedanken allein umwarb. Er kämpfte diese lächerliche Regung, wie er sie nannte, mit Energie nieder. Seine Hand streckte sich aus.

„Marias Einverständnis voraussetzend, ja!"

Westpfahl war sichtlich erleichtert. „Ich wußte es." Er atmete auf. „Maria wird sicher mit mir sein. Wir haben ihr viel vom früh verlorenen Elternhaus ersetzt. Schade, ich hätte sie gern für immer in meiner Familie gehabt. Aber Sie brauchen sie auch, Sie und die Kinder. Ich wünsche Ihnen alles Glück. Maria weiß schon, was sie tut."

Tiebruck hatte, als er das gastliche Haus der Westpfahls verließ, ein bedrücktes Gefühl. Die enttäuschten Hoffnungen des alten Herrn bauerten ihn, sein eigenes Glück bedrückte ihn, weil es so groß war. Seine Bescheidenheit fürchtete, gar kein Anrecht mehr auf so viel Glück zu haben, wie er es in sich spürte und erlebte.

* * *

Tiebruck sagte zu Maria, und seine heitere Laune war nicht echt:

„Ich war bei Westpfahl, und der Geheimrat hat mir ein etwas absonderliches Versprechen abgenommen." Er sah in Marias ruhig fragende Augen und fuhr kräftiger fort: „Wir sollen unsere Verlobung noch ein paar Wochen geheimhalten."

„Geheimhalten? Warum?"

„Ahnst du den Grund nicht?"

Nein, sie ahnte ihn wirklich nicht; man sah es zu deutlich. Tiebruck nahm ihre Hand, und in dem Druck, mit dem er sie umschloß, lag Reue und Abbitte für seine heimliche, unberechtigte Eifersucht.

„Ich habe zugesagt", fügte er großzügig zu, ruhig im Bewußtsein seines Besitzes, „und denke, auch du hast nichts dagegen einzuwenden."

Sie nickte. „Aber der Grund?" wollte sie wissen.

Erwin Westpfahl liebt dich und hofft dich zu erringen."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg